# S 7 RJ 521/01 A

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

### 1. Instanz

Aktenzeichen S 7 RJ 521/01 A Datum 17.01.2003

### 2. Instanz

Aktenzeichen L 16 RJ 113/03 Datum 17.12.2003

#### 3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 17. Januar 2003 wird zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

#### Tatbestand:

Die Beteiligten streiten  $\tilde{A}^{1}/_{0}$ ber Rente wegen Erwerbsminderung bzw. Erwerbsunf $\tilde{A}$ xhigkeit nach  $\hat{A}$ § 44 Sozialgesetzbuch Sechtes Buch (SGB VI) alter und neuer Fassung.

Die 1948 geborene Klägerin ist Staatsangehörige der Republik Restjugoslawien und hat ihren Wohnsitz in ihrer Heimat.

Sie beantragte am 04.04.2000 Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit beim zustĤndigen jugoslawischen VersicherungstrĤger. In Jugoslawien bezieht sie seit 20.04.2000 Pension.

In Jugoslawien hat sie Versicherungszeiten vom 15.09.1965 bis 09.12.1969 und vom

07.11.1979 bis 20.04.2000, insgesamt 24 Jahre 6 Monate und 13 Tage, zurĽckgelegt.

In der Bundesrepublik war sie vom 15.12.1969 bis 31.01.77 versicherungspflichtig beschĤftigt und hat insgesamt 86 Monate Beitragszeiten zurĽckgelegt.

Im Rentenantrag machte sie keine Angaben zur Berufsausbildung. Im Berufungsverfahren legte sie dagegen ein Zeugnis ýber die abgelegte Abschlussprüfung vor. Danach hat sie die Gastronomieschule in der 2. Klasse mit praktischer Ausbildung abgeschlossen und die fachliche Qualifikation als "Arbeiterin im Beruf der Köchin in der Fachgastronomie" erworben. Sie gab an, in der Bundesrepublik als qualifizierte Köchin im Restraurant A. Grill gearbeitet zu haben. Diese Beschäftigung wurde unterbrochen durch eine Beschäftigung in den D. Stuben. Eine Anfrage des Senats bei W. R. , dem ermittelten Betreiber des A. Grill, bliebt erfolglos.

Mit dem Rentenantrag wurde von der Ivalidenkommission in B. der Untersuchungsbericht vom 20.04.2000 Ã⅓bersandt. Dort ist in der Krankheitsvorgeschichte erwähnt, die Klägerin sei seit November 1997 Invalidin in der III. Kategorie und mache weiterhin praktisch dieselbe Arbeit einer gelernten Köchin in einer Gastronomieschule. Ab der Untersuchung haben die jugoslawischen Ã□rzte die Klägerin als arbeitsunfähig auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingestuft.

Die Auswertung durch den Arzt der Beklagten, Dr. D. ergab die Diagnosen: 1. Funktionsminderung der WirbelsĤule bei VerschleiÄ□erscheinungen ohne Wurzelreizung. 2. Krampfaderleiden. 3. Herzleistungsminderung bei Bluthochdruck. 4. Zysto-rektozele. 5. Klimakterische Beschwerden. Dr. D. war der Auffassung, die KlĤgerin kĶnne als KĶchin nur noch unter zwei Stunden, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt jedoch vollschichtig arbeiten, wenn es sich um leichte Arbeiten handelt, ohne hĤufige Ä□berkopfarbeit, ohne Ĺ₄berwiegend einseitige KĶrperhaltung, zu ebener Erde, ohne besonderen Zeitdruck und ohne Heben und Tragen von Lasten.

Mit Bescheid vom 24.08.2000 lehnte die Beklagte den Antrag ab mit der Begrýndung, es liege weder Berufs- noch Erwerbsunfähigkeit vor, da die Klägerin noch in der Lage sei, vollschichtig leichte Arbeiten zu verrichten und damit weder dauernd berufs- noch erwerbsunfähig im Sinne von §Â§ 43, 44 SGB VI sei.

Den Widerspruch vom 14.10.2000 begr $\tilde{A}^{1}$ 4ndete die Kl $\tilde{A}$  $\mu$ gerin mit einer Verschlechterung ihres Gesundheitszustands. Auch der behandelnde Arzt habe dies festgestellt und sie zu weiteren Untersuchungen  $\tilde{A}^{1}$ 4berwiesen. Unterlagen legte sie bei.

Die Auswertung dieser Unterlagen führte zu keiner Ã□nderung der Beurteilung.

Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 21.02.2001

zurýck. Nach dem Gutachten der Invalidenkommission und Auswertung der Einzelbefunde liege weder Berufs- noch Erwerbsunfähigkeit vor, die Klägerin sei auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verweisbar und könne dort noch entsprechende Tätigkeiten verrichten.

Mit der Klage vom 26.04.2001, eingegangen beim SG Landshut am 11.05.2001, begehrt die Klägerin Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. Sie trägt zur Begründung vor, sie sei seit Dezember 1999 krankgeschrieben und die jugoslawische Kommission habe Erwerbsunfähigkeit festgestellt.

Die Beklagte beantragte, die Klage abzuweisen. Die Auswertung der Unterlagen habe ergeben, dass nur eine vorļbergehende ArbeitsunfĤhigkeit bestehe. Schwere FunktionsstĶrungen lĤgen nach den Befunden nicht vor.

Das Sozialgericht veranlasste eine Untersuchung durch Dr. Z. (Facharzt f $\tilde{A}^{1}/_{4}r$  Allgemeinmedizin).

Dieser stellte die Diagnosen (Gutachten vom 15.01.2003): â∏∏ Wirbelsäulensyndrom bei Abnutzungserscheinungen ohne neurologische Ausfallerscheinungen. â∏∏ Fingergelenksarthrosen. â∏∏ Bluthochdruck. â∏∏ Krampfadern. Bei unauffÄxlligem Gangbild konnten die geschilderten SchmerzzustĤnde von seiten der WirbelsĤule sowie neurologische Ausfallserscheinungen vom Gutachter nicht nachgeiesen werden. Die Muskulatur an den Armen und Beinen war gut ausgeprÄxgt. An den Fingern fiel zwar eine beginnende Verdickung der Fingermittel- und -endgelenke auf, die grobe Kraft war aber nur geringfýgig herabgesetzt. Schwere körperliche Arbeiten, häufiges Bücken und Tragen sowie Arbeiten, die die volle Kraft in beiden HAxnden erfordern, sollten deshalb nicht verrichtet werden. Wegen des Krampfaderleidens solle die KlĤgerin keine Tätigkeiten ausüben, bei denen sie den ganzen Tag stehen muss. Leichte kA¶rperliche Arbeiten im Wechsel zwischen Gehen, Stehen und Sitzen, ohne Býcken, nicht in Zwangshaltung und ohne schweres Heben und Tragen seien deshalb noch möglich. Sie dürfen aber keine groÃ∏en Anforderungen an die nervliche Belastbarkeit stellen und ohne Schichtdienst und Akkord und nicht auf Leitern und Gerüsten zu leisten sein. In der zuletzt ausgeübten TÃxtigkeit als Köchin könne die Klägerin nicht mehr tätig sein, wohl aber auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die UmstellungsfĤhigkeit sei gegeben.

Mit Urteil vom 17.01.2003 wies das Sozialgericht die Klage ab. Zur Begründung führte es aus, nach dem Gutachten von Dr. Z. bestehe noch eine vollschichtige Leistungsfähigkeit. Die Klägerin sei als ungelernte Arbeiterin einzustufen, da nicht mehr festgestellt werden könne, ob sie die Tätigkeit als Köchin tatsächlich auf dem Niveau eines Facharbeiters ausgeübt habe. Das Restleistungsvermögen reiche aus, um zum Beispiel Zureichen, Abnehmen, Transportieren, Reinigen, Bedienen von Maschinen, Kleben, Sortieren, Verpacken, Zusammensetzen von Teilen etc. zu verrichten, alles Tätigkeiten wie sie bei ungelernter Arbeit erforderlich wären.

Das Urteil wurde den KlAzgerbevollmAzchtigten am 3. bzw. 6. Februar 2003

zugestellt.

Gegen das Urteil legte die Klå¤gerin mit Schreiben vom 22.02. 2003 Berufung ein. Zur Begrå¼ndung trug sie vor, es habe sich um eine nicht adå¤quate Untersuchung durch einen Arzt få¼r Allgemeinmedizin gehandelt. Sie beantrage deshalb eine erneute fachå¤rztliche Untersuchung, damit die Befunde fachå¤rztlich bestå¤tigt werden kå¶nnten. Auch leichte Arbeiten kå¶nne sie nicht verrichten.

Mit Schriftsatz vom 27.03.2003 beantragte die Beklagte, die Berufung zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckzuweisen. Die Rentengew $\tilde{A}$  $^{1/4}$ nrung in Jugoslawien habe keinen Einfluss auf die Entscheidung  $\tilde{A}^{1/4}$ ber den deutschen Rentenanspruch, da die Voraussetzungen unterschiedlich seien. Die Voraussetzungen nach deutschem Recht erf $\tilde{A}^{1/4}$ lle die Kl $\tilde{A}$  $^{1/4}$ gerin nicht.

Die Klägerin legte Arztberichte aus dem Jahre 2003 vor, zum Beispiel von Dr. B. vom 15.04.2003. In dem Attest ist eine mittelmäÃ∏ig ausgeprägte Varikosis an beiden Beinen bestätigt, die das Tragen von elastischen StrÃ⅓mpfen und die Vermeidung von längerem Stehen erforderlich machen. Ein weiterer Bericht wurde vorgelegt von Dr. K. , Neurologe sowie Berichte einer orthopädischen und einer allgemeinärztlichen Klinik.

Auf Veranlassung des Senats erstellte am 28.08.2003 der OrthopÃxde Dr. F. ein Gutachten. Er nannte darin folgende GesundheitsstÃxrungen: âx Kyphotische Fehlhaltung der HalswirbelsÃxule. âx Initiale Spondylose der LebenwirbelsÃxule. âx Minimale mediale Gonarthrose beidseits. âx Initiale Schultereckgelenksarthrose rechts. âx Plusvariante der Ulna beidseits, angedeutete STT-Gelenk- arthrose beidseits. und als Nebendiagnosen: Ãx bergewichtigkeit, Besenreiservarikose, SenkfÃx Ax

Auf orthopädischem Gebiet konnte Dr. F. keine wesentlichen Gesundheitsstörungen feststellen, die die Belastbarkeit reduzieren. Es zeigten sich weder Funktionsstörungen der Arm- und Beingelenke noch Gangstörungen. Die im Vorgutachten genannten verdickten Fingermittel- und endgelenke waren bei der Untersuchung durch Dr. F. nicht nachweisbar, so dass die Diagnose einer Fingergelenkspolyarthrose nicht aufrecht erhalten werden könne. Eine Ã∏nderung im Sinne einer Verschlechterung gegenüber der Untersuchung bei Dr. Z. war deshalb keinesfalls festzustellen. Dr. F. kam zum Ergebnis, dass die Klägerin ab April 2000 Tätigkeiten unter den üblichen Bedingungen eines Arbeitsverhältnisses acht Stunden täglich verrichten konnte. Es seien ohne Weiteres mittelschwere Arbeiten möglich, ohne nennenswerte Einschränkungen im Gehen, Stehen oder Sitzen. Lediglich aufgrund der deutlichen Fehlhaltung der Halswirbelsäule seien Arbeiten mit permanent vorgestrecktem Kopf ungünstig. Auch die üblichen Anmarschwege zum Arbeitsplatz könnten mit angemessener Geschwindigkeit zu FuÃ∏ zurückgelegt werden.

Ein weiteres Gutachten auf internem Fachgebiet wurde von Dr. E. am 18.09.2003 erstellt mit folgenden Diagnosen: â□□ Arterieller Hypertonus ohne Organkomplikationen. â□□ Linksbetonte Varikosis. â□□ Kein Nachweis einer

coronaren Herzerkrankung, differentialdiagnostisch Verdacht auf Refluxsymptomatik. â Gefă A risikofaktoren Hypercholesterină mie, A bergewicht. â Gefă Verdacht auf kombinierte Harninkontinenz (Stress- und Dranginkontinenz). Nebenbefundlich A u A erte Dr. E. den Verdacht auf einen Harnwegsinfekt sowie ein Carpaltunnel-Syndrom. Die Gesundheitsstä rungen auf internem Gebiet hat Dr. E. als nur leicht bis mittelm usgeprä usgeprä ut beschrieben. Sie seien mit den einzelnen qualitativen Leistungseinschrä nkungen zu berä kcksichtigen. Eine zeitliche Einschrä nkung des Leistungsvermä gens sei mit Sicherheit aufgrund der vorliegenden Gesundheitsstä rungen nicht gegeben. Die Ergebnisse der technischen Untersuchungen aus Jugoslawien kä nnten im Wesentlichen bestä werden.

Auch Dr. E. hielt die Klägerin fþr fähig, unter den þblichen Bedingungen eines Arbeitsverhältnisses acht Stunden täglich seit Antragstellung im April 2000 zu arbeiten. Sie könne leichte, teilweise auch mittelschwere körperliche Tätigkeiten verrichten, nur dauerhaft stehende Arbeiten sollten vermieden werden. Zu vermeiden seien auch dauerhaft im Freien auszuþbende Tätigkeiten mit Einfluss von Kälte und Nässe und Tätigkeiten mit häufigem Bþcken oder in Zwangshaltung. Tätigkeiten mit permanent vorgestrecktem Kopf seien ungþnstig. Die þblichen Weg- strecken können zurückgelegt werden. Weitere Einschränkungen oder weitere ärztliche Untersuchungen seien nicht erforderlich.

Der Kl $\tilde{A}$ ¤gerin wurden die Gutachten mit Schreiben vom 29.09.2003 zur Stellungnahme  $\tilde{A}$ ½bersandt.

Sie teilte mit, sie sei mit einer RÃ $\frac{1}{4}$ cknahme der Klage nicht einverstanden. Aufgrund der Konvention zwischen Deutschland und Jugoslawien habe sie freiwillig in die Versicherung einbezahlt, deshalb habe sie das volle Recht auf RÃ $\frac{1}{4}$ ckerstattung der BeitrÃ $\frac{1}{4}$ ge durch eine Rente.

Die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{e}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{e}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{e}\

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten der Beklagten, des Sozialgerichts Landshut und des Bayer. Landessozialgerichts Bezug genommen.

# Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulässig, erweist sich jedoch als unbegründet (§Â§ 143, 144, 151 Sozial- gerichtsgesetz â∏ SGG -).

Wie das Sozialgericht und die Beklagte zu Recht entschieden haben, hat die Kl $\tilde{A}$ xgerin keinen Anspruch auf Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunf $\tilde{A}$ xhigkeit

(§Â§ 43, 44 SGB VI in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung sowie nach § 43 SGB VI in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung). Der Anspruch der KIĤgerin auf Versichertenrente wegen Berufs- oder ErwerbsunfĤhigkeit ist wegen der Antragstellung vor dem 31.03.2001 an den Vorschriften des SGB VI in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung (a.F.) zu messen, da geltend gemacht ist, dass dieser Anspruch bereits seit einem Zeitpunkt ab Antragstellung, das heià t vor dem 01.01.2001 bestand (vgl. <u>§ 300 Abs.2 SGB VI</u>). FÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r den Anspruch der Klägerin sind aber auch die Vorschriften des SGB VI in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung (n.F.) ma̸gebend, soweit sinngemäÃ∏ auch hilfsweise vorgetragen ist, dass jedenfalls ein Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung seit einem Zeitpunkt nach dem 31.12.2000 gegeben sei (vgl. <u>§ 300 Abs.1 SGB VI</u>). Die KlAzgerin hat aber keinen Anspruch auf Rente wegen BerufsunfĤhigkeit gemĤÃ AS 43 Abs.1 SGB VI alter und neuer Fassung, da sie nicht berufsunfĤhig im Sinne des Abs.2 dieser Vorschrift ab Antragstellung ist. Nach <u>§ 43 Abs.2 SGB VI</u> a.F. sind nur solche Versicherte berufsunfĤhig, deren ErwerbsfĤhigkeit aus gesundheitlichen Gründen auf weniger als die Hälfte derjenigen von gesunden Versicherten mit Ĥhnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und FĤhigkeiten gesunken ist (Satz 1). Der Kreis der TÄxtigkeiten, nach denen die ErwerbsfÄxhigkeit von Versicherten zu beurteilen ist, umfasst hierbei alle TÄxtigkeiten, die deren KrÄxften und FĤhigkeiten entsprechen und ihnen unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs ihrer Ausbildung sowie ihres bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen ihrer bisherigen BerufstÄxtigkeit zugemutet werden kĶnnen (Satz 2). Berufsunfähig ist nicht, wer eine zumutbare Tätigkeit vollschichtig ausüben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen (Satz 4). Die hier genannten Tatbestandsmerkmale der BerufsunfĤhigkeit liegen bei der KIägerin nicht vor. Bei der Beurteilung des festzustellen Leistungsvermögens der KIägerin stützt sich der Senat auf den vom Sozialgericht gehörten Dr. Z. sowie auf die im Berufungsverfahren beauftragten Dr. F. und Dr. E â∏¦ Radiologisch konnte Dr. F. weder an den Hüftgelenken noch an den oberen Extremitäten wesentliche Verschlei̸erscheinungen feststellen. An den Hand- und Fingergelenken hat er minimale Verschlei̸erscheinungen in den sog. STT-Gelenken beschrieben, ebenso minimale degenerative VerÄxnderungen der Kniegelenke. Ein Erguss im Kniegelenk konnte nicht festgestellt werden, die BAxnder stellten sich fest dar. Die Sprunggelenke waren frei beweglich, wobei die KlAzgerin starke muskulAzre Verspannungen zeigte. Es ergaben sich aber keine nennenswerten Umfangsdifferenzen an den Beinen. Der neurologische Befund ergab, dass die von der Klägerin geltend gemachten Sensibilitägtsstä frungen an beiden Armen und beiden Beinen segmental nicht zugeordnet werden konnten, zumindestens ergab sich kein Befund, der fÄ1/4r eine Nervenwurzelirritation spricht. Die Beinreflexe waren nicht sicher erhÄxltlich, Zeichen einer floriden Nervenwurzelirritation ergaben sich aber nicht. Die im Vorgutachten diagnostizierten Verschlei̸erscheinungen von Wirbelgelenken der Hals- und Lendenwirbelsäule waren nicht nachvollziehbar, da solche VerschleiÄ erscheinungen nicht darstellten. Der OrthopĤde Dr. F. kam deshalb mit nachvollziehbarer Begründung zum Ergebnis, dass keine wesentlichen GesundheitsstĶrungen vorliegen, die die Belastbarkeit der KlĤgerin reduzieren. Es ergab sich auch keine Verschlechterung gegenüber den Befunden wie sie Dr. Z. erhoben hat. Die von der Klägerin geltend gemachten LeistungseinschrĤnkungen auf orthopĤdischem Fachgebiet

waren deshalb nicht objektivierbar, so dass sich hier eine zeitliche EinschrĤnkung des LeistungsvermĶgens nicht begründen lässt. Aus der Sicht des orthopädischen Fachgebiets sind somit acht Stunden täglich mittelschwere Arbeiten möglich, wobei keine nennenswerten Einschränkungen beim Gehen, Stehen oder Sitzen zu machen sind. AuszuschlieÃ□en sind allein Arbeiten mit permanent vorgestrecktem Kopf sowie der Notwendigkeit von schwerem Heben und Tragen.

Aber auch auf internem Fachgebiet sind keine so schwerwiegende GesundheitsstĶrungen vorhanden, dass die Voraussetzungen fù¼r den Rentenbezug von der Klägerin erfù¼llt werden. Auch wenn die Ergebnisse der technischen Untersuchungen aus Jugoslawien im Wesentlichen bestätigt wurden, so konnten doch keine objektiven Befunde fù¼r die als Verdachtsdiagnose genannte coronare Herzerkrankung festgestellt werden.

Auch aus Jugoslawien wurden solche Befunde nicht mitgeteilt und eine entsprechende Therapie wird dort nicht durchgefA½hrt. Bei der Untersuchung lie̸en sich vormittags keine eindeutigen Ã∏deme an den Beinen nachweisen. Es bestand aber eine geringe prÄxtibiale teigige Gewebsvermehrung, so dass im Stehen mit einer vermehrten Fýllung der Venen gerechnet werden kann. Es ergab sich bei der dopplersonographischen Untersuchung eine Insuffizienz der Vena saphena magna links, entsprechend dem Insuffizienzgrad Hach III. Klinische Zeichen lagen aber nicht vor. Deshalb ist den jugoslawischen ̸rzten zu folgen, dass, um eine weitere Verschlimmerung zu vermeiden, das Tragen von Kompressionsstrümpfen dringend zu empfehlen ist und auÃ∏erdem dauerhaft stehende TÄxtigkeiten vermieden werden sollten. Durch die leichte Inkontinenz ist eine wesentliche LeistungseinschrÄxnkung nicht bedingt. Es sollte jedoch aus diesem Grund das Heben und Tragen von schweren Lasten vermieden werden. Die Laboruntersuchungen ergaben den Hinweis auf einen zum Untersuchungszeitpunkt vorliegenden Harnwegsinfekt, woraus sich jedoch eine sozialmedizinische Konsequenz nicht ergibt. Unter den von Dr. E. genannten gualitativen LeistungseinschrÄxnkungen ist deshalb auch aus der Sicht des internistischen Fachgebiets ein vollschichtiges LeistungsvermĶgen bei der KlĤgerin gegeben. Durch die AnhA¶rung der SachverstAxndigen Dr. F. und Dr. E. sowie durch die Ermittlungen des Sozialgerichts ist der Sachverhalt ausreichend geklĤrt.

Die SachverstĤndigen haben die KlĤgerin persĶnlich untersucht und nach ausfĽhrlicher Untersuchung ihre Beurteilung Ľberzeugend begrľndet. Der Senat sieht deshalb keinerlei Veranlassung, den Ausfļhrungen der gerichtlichen SachverstĤndigen nicht zu folgen und am Ergebnis dieser Untersuchung zu zweifeln. Danach bestehen keine gravierenden LeistungseinschrĤnkungen bei der KlĤgerin, allerdings sind nur noch kĶrperlich leichte bis gelegentlich mittelschwere Arbeiten mĶglich, wobei dauerhaftes Stehen zu vermeiden ist. Aufgrund dieser GesundheitsstĶrungen kann die KlĤgerin nach Ä□berzeugung des Senats die TĤtigkeit einer KĶchin nicht mehr verrichten, da hier dauerndes Stehen erforderlich wĤre. Das LeistungsvermĶgen ist aber nicht derart eingeschrĤnkt, dass andere TĤtigkeiten, bei denen die EinschrĤnkungen beachtet werden kĶnnen, nicht mehr vollschichtig denkbar sind. Obwohl die

KIägerin die Tätigkeit als Köchin, die sie nach eigenem Vorbringen in Jugoslawien erlernt und auch in der Bundesrepublik ausgeļbt hat, nicht mehr ausüben kann, ist sie nicht berufsunfähig im Sinne von § 43 SGB VI a.F. Fþr die Annahme von BerufsunfĤhigkeit reicht es nĤmlich nicht aus, wenn Versicherte ihren bisherigen Beruf nicht mehr aus A¼ben kA¶nnen. Vielmehr sind, wie sich aus § 43 Abs.2 Satz 2 SGB VI (a.F.) ergibt, Versicherte nur dann berufsunfĤhig, wenn ihnen auch die Verweisung auf andere BerufstĤtigkeiten aus gesundheitlichen Gründen oder sozial nicht mehr zumutbar ist (ständige Rechtsprechung des BSG, vgl. u.a. SozR 2200 § 1246 RVO Nr.138). Die soziale Zumutbarkeit einer VerweisungstÄxtigkeit beurteilt sich nach der sozialen Wertigkeit des bisherigen Berufs. Um diese zu beurteilen, hat das BSG die Berufe der Versicherten in Gruppen eingeteilt. Diese Berufsgruppen sind ausgehend von der Bedeutung, die Dauer und Umfang der Ausbildung fA1/4r die QualitAxt eines Berufs haben, gebildet worden. Dementsprechend werden die Gruppen durch den Leitberuf des Vorarbeiters mit Vorgesetztenfunktion bzw. des besonders hoch qualifizierten Facharbeiters, des Facharbeiters (anerkannter Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungszeit von mehr als zwei Jahren), des angelernten Arbeiters (sonstiger Ausbildungsberuf mit einer Regelausbildungszeit von bis zu zwei Jahren) und des ungelernten Arbeiters charakterisiert (vgl. BSG SozR 2200 <u>§ 1246 RVO</u> Nr.138 und 140). Die Einordnung eines bestimmten Berufs in dieses Mehrstufenschema erfolgt aber nicht ausschlie̸lich nach der Dauer der absolvierten få¶rmlichen Berufsausbildung. Ausschlaggebend hierfå¼r ist vielmehr allein die Qualität der verrichteten Arbeit, das heiÃ∏t der aus einer Mehrzahl von Faktoren zu ermittelnde Wert der Arbeit fA1/4r den Betrieb. Es kommt auf das Gesamtbild an, wie es durch die in § 43 Abs.2 Satz 2 SGB VI am Ende genannten Merkmale (Dauer und Umfang der Ausbildung sowie des bisherigen Berufs, besondere Anforderungen an die bisherige BerufstÄxtigkeit) umschrieben wird (vgl. z.B. BSG SozR 3-2200 <u>§ 1246 RVO Nr.27</u> und 33). GrundsÃxtzlich darf der Versicherte im Vergleich zu seinem bisherigen Beruf auf die nĤchst niedrigere Gruppe verwiesen werden (vgl. SozR 2200 <u>§ 1246 RVO Nr.143</u> m.w.N.; SozR 3-2200 <u>§ 1246 RVO Nr.5</u>). MaÃ∏geblich ist dabei ausschlieÃ∏lich die in der Bundesrepublik verrichtete TÃxtigkeit, da das im Ver- hÃxltnis zur Republik Serbien-Montenegro weiter geltende deutsch- jugoslawische Sozialversicherungsabkommen keine entsprechende Gleichstellungklausel fÃ1/4r die ausgeÃ1/4bte BerufstÃxtigkeit enthÃxlt. (Abkommen vom 12.10.1968, BGBl.II 1969, 1438, in der Fassung des ̸nd.Abkommens vom 30.09.1974, BGBl.II 1975, 389; dabei wird im Verhältnis zum sog. Restjugoslawien ebenfalls davon ausgegangen, dass das Sozialversicherungsabkommen von 1968 unmittelbar weiter gilt, Bekanntmachung vom 20.03.1997, BGBI.II, 961). Offen bleiben muss dabei, ob die Ausbildung, die die KIägerin in Jugoslawien zur Köchin absolviert hat, der Ausbildung eines deutschen Facharbeiters vergleichbar ist. Denn es ist nicht nachgewiesen, dass die KIägerin in Deutschland einer Facharbeiterin vergleichbar tatsächlich gearbeitet hat. Es konnte trotz mehrfacher Ermittlungen sowohl des Sozialgerichts als auch des Senats nicht festgestellt werden, welche TÄxtigkeiten die KlÄxgerin beim Arbeitgeber ausgeführt hat und wie diese Tätigkeiten bezahlt wurden. Der Arbeitgeber, bei dem die KlĤgerin langjĤhrig wiederholt beschĤftigt war, konnte nicht mehr ermittelt werden. Zeugnisse oder Lohnunterlagen konnten nicht vorgelegt werden. Damit lÄxsst sich nicht nachweisen, dass die KlÄxgerin

tatsÃxchlich TÃxtigkeiten einer gelernten Facharbeiterin verrichtet hat und auch wie diese bezahlt worden ist. Somit kann die KlĤgerin nur als angelernte Arbeiterin gelten, nach dem auch im sozialgerichtlichen Verfahren zu berĽcksichtigenden Grundsatz, dass jeder die Beweislast für die Tatsachen träqt, die den von ihm geltend gemachten Anspruch begründen (Jens Meyer-Ladewig, § 103 SGG Anm.19a). Nach diesen GrundsÄxtzen der objektiven Beweislast trÄxgt also die KIägerin die Beweislast für die Umstände, die ihren Anspruch stützen, im Falle der Berufsunfähigkeitsrente also fþr den Berufsschutz, das heiÃ∏t die Feststellung, sie habe in der Bundesrepublik die einer deutschen Facharbeiterin vergleichbaren TÄxtigkeiten verrichtet und sei auch wie diese entlohnt worden. Wie ausgeführt, konnte die Klägerin diesen Nachweis nicht erbringen. Selbst wenn man in dem für die Klägerin günstigsten Fall von einer angelernten Tätigkeit im oberen Bereich im Sinne der Rechtsprechung des BSG ausgeht, ist sie zum Beispiel auf die TÄxtigkeit einer PfĶrtnerin oder Telefonistin verweisbar. Es sind aber auch TÄxtigkeiten im Gastronomiebereich wie z.B. Bonkontrolleurin mÄgglich. Die EinschrÄnkungen des LeistungsvermÄgens der KlÄngerin sind auà erordentlich gering. Lediglich dauerhaftes Stehen ist zu vermeiden. Die Tätigkeit einer Pförtnerin oder Telefonistin ist auch deshalb denkbar, da hier aufgrund der erhĶhten Verantworung eine herausgehobene Bedeutung der Tätigkeit für den Betrieb anzunehmen ist. Derartige Tätigkeiten sind auch mit dem verbliebenen LeistungsvermĶgen der KlĤgerin ohne weiteres vereinbar, da keine EinschrĤnkungen der Beweglichkeit oder der Sinnesorgane bestehen, die hier hinderlich wĤren. Denkbar ist auch eine TĤtigkeit der KlĤgerin im Bereich der Lagerverwaltung und -haltung in einem Restaurant oder einem Hotel, denn geht man von einer fachlichen Ausbildung der KlÄxgerin aus, sind ihr die dabei anfallenden TÄxtigkeiten gelÄxufig. Sofern sie über diese FÄxhigkeiten nicht verfügt, kann man auch nur von einer angelernten Tätigkeit im unteren Bereich sprechen, da hier besondere Fachkenntnisse dann nicht zu berücksichtigen sind. Insgesamt erfüIIt die Klägerin somit die Voraussetzungen für die BerufsunfĤhigkeitsrente nicht. Damit sind aber auch die strengeren Voraussetzungen der Gewährung der Erwerbsunfähligkeitsrente nicht erfällt, denn die Klägerin ist mit dem verbliebenen Leistungsvermägen noch in der Lage, mehr als ein Siebtel der Bemessungsgrenze zu verdienen. Die KlĤgerin hat also erst Recht keinen Anspruch auf Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit nach § 44 Abs.1 SGB VI a.F., weil sie die strengeren Voraussetzungen des Begriffs der ErwerbsunfĤhigkeit im Sinne des Abs.2 von § 44 SGB VI a.F. nicht erfüllt. Auch nach dem ab 01.01.2001 geltenden Recht des SGB VI hat die KIĤgerin keinen Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung, da â∏ wie bisher â∏ ein Rentenanspruch jedenfalls dann ausgeschlossen ist, wenn ein Versicherter, wie die KIägerin, einen zumutbaren anderen Beruf vollschichtig ausüben kann.

Die Kostenentscheidung beruht auf den <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u>.

 $Gr\tilde{A}^{1/4}$ nde, die Revision gem $\tilde{A} \cong \tilde{A} \cong$ 

Erstellt am: 03.05.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024